

221 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Bericht des Unterrichtsausschusses

über den Entschließungsantrag 160/A(E) der Abgeordneten Dr. Dieter Antoni und Genossen betreffend bildungspolitischer Maßnahmen

Die Abgeordneten Dr. Dieter **Antoni** und Genossen haben am 16. Mai 2000 den gegenständlichen Entschließungsantrag im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

“Laut einer jüngst präsentierten Untersuchung des Instituts für Höhere Studien (IHS) wählen mehr als 8% eines Altersjahrganges (über 7 000 Jugendliche) nach dem Ende der Schulpflicht keine weitere Ausbildung und mehr als die Hälfte dieser Jugendlichen (zirka 5% des Altersjahrganges) verfügt dabei nicht einmal über einen positiven Abschluss der Pflichtschule. Durch den Abbruch einer Berufsausbildung noch vor ihrem positiven Abschluss erhöht sich unter den 20 bis 24-jährigen der Anteil jener, die nur über eine Pflichtschule verfügen, sogar auf 15%.

Der Abschluss in der Sekundarstufe II gewinnt als eine erforderliche Minimalqualifikation zunehmende Anerkennung und wird in der Europäischen Beschäftigungspolitik auch als ein Kriterium definiert. Die IHS errechnete, dass die Arbeitslosenquote jener Personen, die nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen, mit über 13% mehr als doppelt so hoch ist, wie die Arbeitslosenquote von Personen mit einem abgeschlossenen Lehrberuf. Laut IHS sollte es Ziel der Bildungspolitik sein, annähernd den gesamten Altersjahrgang zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung zu führen.”

Der Unterrichtsausschuss hat den gegenständlichen Antrag in seiner Sitzung am 28. Juni 2000 in Verhandlung genommen.

Berichterstatlerin im Ausschuss war Abgeordnete Mag. Christine **Muttonen**.

An der anschließenden Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Dieter **Antoni**, Dr. Gertrude **Brinek** und Franz **Riepl** sowie die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Elisabeth **Gehrer**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag keine Mehrheit.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Unterrichtsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2000 06 28

Mag. Dr. Udo Grollitsch

Berichterstatler

Werner Amon

Obmann